

# Lieber Obst- statt Laubbäume

## Mehr Vielfalt in der Stadt: Ernährungsrat stellt Forderungen

Apfelbaum statt Orientbuche. Mehr Obstbäume in Parkanlagen – das ist eine zentrale Forderung des Berliner Ernährungsrates. Dieser hat jetzt einen neuen Katalog mit neun Anliegen an die Politik veröffentlicht. Im Zentrum steht auch eine bessere städtische Versorgung mit guten Lebensmitteln. „Wir brauchen vielfältigere Versorgungsstrukturen“ erklärt Christine Pohl, Sprecherin vom Ernährungsrat Berlin. Die regionalen Infrastrukturen müssten ausgebaut werden, um mehr lokale Versorgung zu ermöglichen. Außerdem fordert die Initiative ein Ende der Lebensmittelverschwendung und eine stärkere Integration von ernährungspraktischen Inhalten in der Bildung.

Der Ernährungsrat Berlin ist ein zivilgesellschaftlicher Zusammenschluss von Akteuren, die sich für die ökologisch nachhaltige, sozial gerechte Nahrungsproduktion und -verteilung im Raum Berlin einsetzen. Die Ende 2016 angetretene rot-rot-grüne Berliner Regierungskoalition hat im Koalitionsvertrag festgelegt, gemeinsam mit dem Berliner Ernährungsrat unter anderem eine regional gedachte Berliner Ernährungsstrategie zu entwickeln.

Der Berliner Ernährungsrat ist bundesweit einer der ältesten. Gleichzeitig mit dem Kölner Rat wurde er vor über einem Jahr gegründet. „Wir setzen uns besonders lokal ein“, beschreibt Pohl die eigene Zielsetzung. Eine Errungenschaft sei beispielsweise, dass eine Ernährungsstrategie mit in die Agenda der Stadtpolitik aufgenommen wurde. „Wir fungieren auf regionaler Ebene als Lobby“, erklärt die Vertreterin des Berliner Ernährungsrates. Politische Entscheidungen dürften nicht nur der Lebensmittelkonzern-Lobby überlassen werden. Aber weil die Agrarpolitik auf Bundes- oder EU-Ebene entschieden wird, sei eine überregionale Vernetzung und Aktivität von großer Bedeutung.

Aus dem Grund hatten sich über 40 Ernährungs-Initiativen Deutschlands in der vergangenen Woche zum gegenseitigen Austausch in Essen getroffen. „Unsere beiden ältesten Ernährungsräte aus Berlin und Köln konnten eine Menge Erfahrung an die jüngeren Initiativen weitergeben“, freut sich Christine Pohl über den Erfolg des Kongresses.

Das besondere Anliegen der Räte: mehr soziale Gerechtigkeit. „Menschen mit geringem Einkommen müssen trotzdem Zugang zu guten Lebensmitteln haben“, fordert Pohl. Regionale Direktvermarktung müsse deswegen finanziell gefördert werden, denn eine Preissenkung der sowieso schon zu günstigen Lebensmittel sei keine Lösung. „Hier muss die Politik auch in anderen Bereichen tätig werden“ meint Pohl. Beispielsweise müssten die Fixkosten von Haushalten gesenkt werden, etwa über die Einführung einer wirksamen Mietpreisbremse.

Lukas Dörrie

taz. die tageszeitung

vom 22. 11. 2017

wirtschaft + umwelt

S. 9

---

**LUKAS DÖRRIE**

AutorIn

---

**THEMEN**

Konsum / Konsumverhalten

LE08 +ZZB

Nahrungsmittelwirtschaft / Genussmittelwirtschaft

WI0612 +ZZB

Konventionelle Landwirtschaft/Agrarpolitik

WI0601 +ZZB

---

2621 Zeichen ~ ca. 88 Zeilen

---

Ausgabe 11485

---

**NACHDRUCKRECHTE**



Wollen Sie taz-Texte im Netz veröffentlichen oder nachdrucken? Wenden Sie sich bitte an die Abteilung Syndikation: [lizenzen@taz.de](mailto:lizenzen@taz.de).

---

**KONTAKT TAZ.ARCHIV-RECHERCHE-INFORMATION**

Rudi-Dutschke-Str. 23,

10969 Berlin

Mail: [archiv@taz.de](mailto:archiv@taz.de)

Telefon: 030 - 259 02 204